TOP 3.6.3 Notstandshilfe: Abschaffung der PartnerInneneinkommensanrechnung ab Juli 2018

1. Hintergrund

Die Notstandshilfe ist eine Versicherungsleistung aus der Arbeitslosenversicherung und gebührt, wenn Arbeitslosigkeit nach Ende des Arbeitslosengeldanspruchs weiter andauert. Es gibt keinen Berufsschutz und Entgeltsschutz im Notstandshilfebezug (der Kollektivvertrag ist einzuhalten). Die Arbeitswilligkeit wird streng geprüft. Die Notstandshilfe gebührt in Höhe von 92 % bzw 95 % des Arbeitslosengeldes. Sie wird jedoch durch die Anrechnung des PartnerInneneinkommens gekürzt oder fällt ganz weg. Diese PartnerInneneinkommensanrechnung soll durch den Gesetzesbeschluss des Nationalrates vom 12.10.2017 ab 1.7.2018 zur Gänze entfallen. Der Brutto-Mehraufwand wird mit rund 160 Mio Euro bewertet, der Netto-Mehraufwand dürfte, optimistisch geschätzt, bei rund 30 Mio Euro liegen, weil durch die höhere Kaufkraft mit Beschäftigungseffekten zu rechnen ist.

2. Zahlen, Daten Fakten

Im Jahr **2016** waren rd **22.500** Personen (davon 54 % Frauen und 46 % Männer) im Bezug einer Notstandshilfe **von einer PartnerInneneinkommensanrechnung betroffen**. Davon erhielten rd 16.400 Personen eine im Durchschnitt um monatlich 330 Euro verminderte Notstandshilfe.

Rund 6.100 Personen verfügten nur über eine Kranken- und Pensionsversicherung im Wege des AMS. In **18.600** Fällen im Jahr **2016**, wurde die Notstandshilfe auf Grund der Anrechnung des PartnerInnen-einkommens **nicht gewährt. 80 % der Betroffenen waren Frauen. Die Notstandshilfe ist also nicht geschlechtsneutral, sondern diskriminiert ganz eindeutig Frauen.**

3. Position der AK

- ÖGB und AK, vor allem die Frauenorganisationen, fordern seit Jahren den Entfall dieser frauendiskriminierenden Anrechnungsbestimmung.
- Die Notstandshilfe ist eine Versicherungsleistung und wird fast zur Gänze aus ALV-Beiträgen finanziert; sie darf daher auch nicht analog einer Fürsorgeleistung vom PartnerInneneinkommen abhängig gemacht werden.
- NotstandshilfebezieherInnen haben jedenfalls aber der Vermittlung des AMS voll zur Verfügung zu stehen und müssen auch bereit sein, an allen zumutbaren Wiedereingliederungsmaßnahmen teilzunehmen. Andernfalls gelten die Sanktionsdrohungen des Arbeitslosenversicherungsrechts die von der temporären Leistungssperre des § 10 AIVG bis zur völligen Aberkennung des Leistungsanspruchs wegen Arbeitsunwilligkeit (§ 9 ALVG) reichen.
- Keinesfalls gerechtfertigt ist aber die Last des Mangels an einem Arbeitsplatz auch bei nachweislicher Arbeitswilligkeit einfach den arbeitslosen Frauen aufzuhalsen.
- Es ist daher zu begrüßen, dass diese diskriminierende und ungerechte Bestimmung abgeschafft wird.